KURIER AM SONNTAG

WESER-KURIER · BREMER NACHRICHTEN · VERDENER NACHRICHTEN

SONNTAG, 3. MAI 2015 | 33. JAHRGANG | NR. 18 | 1,60 €

Wo der Wolf umgeht ...

SMI

... in Niedersachsen, wird per Wolfsmonitoring genau festgehalten. Der Norden 14



Ökologisch ökonomisch

Wie wirtschaftet man umweltfreundlich? Eco Consulting weiß Rat.



Türkische Top-Autorin

"Der Architekt des Sultans" heißt der neue Roman von Elif Shafak. Bücher 32



It's a Girl! Das "Royal Baby" ist da: ein Mädchen. Vermischtes ein Mädchen.



Bremen sieht Wende in Flüchtlingspolitik

Bundesinnenminister will Integration beschleunigen

VON PETER VOITH

Bremen. Flüchtlinge sollen schneller als bisher integriert werden und Deutsch lernen. Das strebt nach einer Meldung des "Spiegel" nun offenbar auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) an. Beim Bund-Länder-Gipfel zur Flüchtlingspolitik im Kanzleramt am Freitag sollen dafür die Weichen gestellt werden. In der SPD-ge-führten Bremer Innenbehörde ist die Nachricht am Sonnabend begrüßt worden. Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) sagte dem WESER-KURIER: "Der Richtungswechsel des Bundesinnenministers erfolgt spät, aber nicht zu spät. Sprachkurse sind der absolut richtige Weg, damit die Menschen hier bei uns wirklich ankommen können."

Wie der "Spiegel" berichtet, will de Maizière die Integration insbesondere für die Flüchtlinge beschleunigen, die gute Chancen auf Asyl haben. Sie sollen schon vor ihrer Anerkennung etwa für Sprachkurse zugelassen werden, heißt es. Der CDU-Politiker habe seinen Vorstoß jüngst auf einer Konferenz im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg erläutert. Bestandteil dieser Integrationskurse sind nach Angaben der Bremer Innenbehörde 600 Stunden Spracherwerb und 60 Stunden Staatskunde.

So erfreut SPD-Mann Mäurer über den Richtungswechsel ist, so geht ihm der Vorstoß seines Kollegen aus Berlin nicht weit genug. Der Innensenator fordert, nicht nur Asylbewerber mit guten Chancen auf Anerkennung, sondern auch die sogenannten Geduldeten in das Sprachkurs-Programm mit einzubeziehen. Bei ihnen handelt es sich um Menschen, die keine Asylgründe benennen können, aber aus humanitären Gründen in Deutschland leben – oder weil ihr Heimatland ihre Rücknahme ablehnt. Mäurer: "Sie sollten auch mit in dieses Programm aufgenommen werden, um nicht wichtige Jahre bei ihnen sinnlos verstreichen zu lassen.

Einen entsprechenden Vorstoß hatten die Länder Bremen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz bereits im Jahr 2013 in den Bundesrat eingebracht – allerdings ohne Erfolg. Die Argumente für die Initiative von 2013 natten sich nicht verändert so die Innenbehörde. Die Lebensrealität zeige, dass ein nicht unerheblicher Teil der Asylbewerber und der Geduldeten letztlich über einen langen Zeitraum oder für immer in Deutschland leben werde. Die Entscheidung über ein dauerhaftes Aufent-

haltsrecht erfolgte aber erst in der Regel nach einem mehrjährigen Aufenthalt, sodass sich der fehlende Spracherwerb sehr ungünstig auf die weitere Lebensperspektive und die Integration der Betroffenen auswirke. Die Folgen seien dann oft der Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben und soziale Isolation. Auch der Zugang zum Arbeitsmarkt werde diesen Menschen erheblich erschwert.

Für die Beschleunigung der Integration von Flüchtlingen hatte sich auch Bremens Bevollmächtige beim Bund, Ulrike Hiller (SPD), stark gemacht – zuletzt auf der Integrationsminister-Konferenz im März. Auch sie erklärte gegenüber unserer Zeitung erleichtert: "Endlich hat beim Bundesinnenministerium ein Wechsel im Denken stattgefunden. Darüber sind wir sehr froh." Nach Angaben Hillers werden "die Kosten für die Sprachkurse nun vom Bund über-

Arbeitsagentur macht Druck

Bremen muss derzeit drei mal so viele Flüchtlinge wie in den ersten Monaten des Jahres 2014 aufnehmen. Von Januar bis zum 15. April haben nach Angaben der Sozialbehörde 1096 Menschen im Land Bremen Zuflucht gesucht, im selben Zeitraum 2014 seien es 366 gewesen. Bremen rechnet im laufenden Jahr damit, 5000 neue Flüchtlinge aufzunehmen (im Vorjahr waren es 2233). Niedersachsen rechnet mit 33 000 Asylbewerbern (im Jahr 2014 waren es 18 000). Bundesweit wird mit 300 000 neuen Flüchtlingen kalkuliert.

Zwar dürfen Asylbewerber heute nicht mehr erst nach neun, sondern schon nach drei Monaten Aufenthalt einer Arbeit nachgehen. Aber nur dann, wenn sich dafür kein Deutscher oder ein anderer geeigneter EU-Bürger findet. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hatte in der Vergangenheit mehrfach darüber geklagt, dass es schwer sei, etwa Ärzte, Ingenieure oder Automechaniker zu vermitteln, wenn diese nicht deutsch sprechen könnten.

Wie der "Spiegel" berichtet, will die BA deshalb beim Gipfel am Freitag im Kanzleramt darauf drängen, Flüchtlinge möglichst schnell in Arbeit zu bringen. In einem internen Papier neiße es dazu, es drone "ein Vielfaches an Folgekosten, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft nicht gelingt". Denn wegen der politischen Situation in den Heimatländern sei bei vielen Flüchtlingen "die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie hier bleiben".

Selkes neunter Streich



vorlage von Assani Lukimva eher unfreiwillig im Frankfurter Tor unter. **FOTO: ACTION PRESS**

Bremen. Davie Selke hat Werder mit seinem neunten Saisontor ein Stück näher an die Europapokalplätze geführt. Bei der Rückkehr von Thomas Schaaf ins Weserstadion schoss der Angreifer den 1:0-Siegtreffer gegen Eintracht Frankfurt. Durch den

Erfolg stehen die Bremer in der Tabelle nun nur einen Punkt hinter dem Sechstplatzierten FC Augsburg auf Rang sieben. Schaaf – 13 Jahre lang Cheftrainer an der Weser – rutschte mit seiner Eintracht auf Rang zwölf ab. Berichte Seite 23



Trickbetrug per Telefon

Bremen (mic). Trickbetrüger überschwemmen Deutschland mit Anrufen. Mit immer neuen Maschen wird versucht, die zumeist älteren Opfer am Telefon dazu zu überreden, Geld auf dubiose Konten zu überwei-sen oder den Tätern Bargeld und Schmuck auszuhändigen. Bei ihren Ermittlungen stieß die Polizei auf eine heiße Spur, die von Bremen nach Izmir führt. In der türkischen Stadt betreiben die Trickbetrüger mehrere Callcenter. Die Festnahme von zwei Tätern aus Bremen ermöglichte jetzt Einblicke in ein ebenso professionell wie skrupellos geführtes Betrugsunternehmen, das unglaubliche Gewinne abwirft.

Thema Seite12

Weniger Gewalt in Berlin

Berlin-Hamburg. In Berlin waren die Nächte in Kreuzberg rund um den 1. Mai so entspannt wie lange nicht mehr: Nach den offiziellen Zahlen erlebte die Hauptstadt die am wenigsten gewalttätigen Demonstrationen an diesem Feiertag seit fast 30 Jahren. Bei den beiden abendlichen Demonstrationen – darunter eine mit mindestens 18000 Teilnehmern - wurden insgesamt 41 Polizisten leicht verletzt: 39 am 1. Mai, zwei in der Walpurgisnacht. Das sagte Innensenator Frank Henkel (CDU) am Sonnabend bei der Präsentation der Einsatzbilanz.

In Hamburg wurden bei den Krawallen am Freitagabend und in der Nacht nach jüngsten Angaben der Polizei 34 Beamte verletzt. 21 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen, 41 kamen in Polizeigewahrsam. Die Polizei hatte etwa 1900 Beamte eingesetzt. Kommentar Seite 2

7. Mai ein. Auf zahlreichen Wahlkampfver-

anstaltungen warben sie um Stimmen. La-

bour-Chef Miliband schloss bei einer live

Geheimdienstaffäre bald vor Gericht?

Bundestagsausschuss will nicht auf Zustimmung aus Washington warten: Druck auf Kanzlerin wächst

Berlin. Der US-Geheimdienst NSA spähte wohl lange mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes (BND) Ziele in Europa aus. Welche genau, das steht auf Listen, die das Kanzleramt bisher nicht rausrückt. Dort wartet man auf eine Genehmigung der USA – ausgerechnet. Der NSA-Ausschuss will sich das nicht bieten lassen. Die Regierung müsse die US-Spio-

nagelisten bis zur nächsten Ausschusssitzung am Donnerstag liefern, verlangten mehrere Obleute am Samstag. "Wir werden nicht zulassen, dass sich das weiter verzögert", sagte der SPD-Obmann Christian Flisek. "Das letzte Druckmittel wäre eine gerichtliche Klärung.

Der Grünen-Obmann Konstantin von Notz mahnte: "Frau Merkel muss jetzt zeigen, ob sie aufklären oder vertuschen will." Der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg (CDU) forderte, die Regierung müsse sich notfalls auch über ein Nein der Amerikaner hinwegsetzen.

Der BND soll der NSA über Jahre geholfen haben, europäische Unternehmen und Politiker auszuforschen, darunter die französische Regierung und die EU-Kommission. Die NSA lieferte dem BND demnach für die Überwachung des Datenverkehrs in seiner Abhörstation in Bad Aibling viele Suchmerkmale (Selektoren) wie Telefon-

nummern oder IP-Adressen von Computern. 40 000 davon sortierte der BND nach eigenen Angaben über die Jahre vorab aus. Mehrere Tausend unzulässiger Selektoren fielen aber erst in der aktiven Suche auf. Der NSA-Ausschuss will nun die Listen mit den unzulässigen Suchmerkmalen einsehen. Die Bundesregie-

rung hat aber zunächst die US-Regierung um Erlaubnis gefragt, ob sie die Informationen dazu offenlegen darf. Dies sogenannte Konsultationsverfahren läuft noch.

Der NSA-Ausschuss will bei seiner Sitzung am Donnerstag mehrere BND-Mitarbeiter zu den neuen Vorwürfen befra-

gen. Möglicherweise muss aber auch BND-Präsident Gerhard Schindler dort erscheinen. Das Gremium erwäge, Schindler als "präsenten Zeugen" zu laden, sagte die Linke-Obfrau Martina Renner. Das heißt, der BND-Chef müsste sich bereithalten und bei Bedarf kurzfristig in den Ausschuss

Die "Bild"-Zeitung berichtete am Samstag unter Berufung auf "Beteiligte des NSA-Untersuchungsausschusses", der BND habe die für den US-Geheimdienst abgefangenen Daten selbst ausgewertet, um von den Erkenntnissen zu profitieren. Der BND wollte sich dazu nicht äußern. Mitglieder des NSA-Ausschusses reagierten zurückhaltend. Dass der BND Daten, die er selbst in Bad Aibling sammele, auch auswerte, sei im Grunde selbstverständlich, sagte Sensburg. Er habe bislang aus den Akten aber keine Erkenntnisse, dass der BND auch Daten, die auf unzulässige Weise erfasst worden seien, selbst genutzt haben könnte. Auch von Notz sagte zu dem Bericht: "Ich wäre damit vorsichtig."

Enges Rennen in Großbritannien

Parteien läuten Wahlkampf-Endspurt ein / Schwierige Partnersuche

London. Wenige Tage vor der britischen Parlamentswahl ist der Ausgang weiterhin völlig offen. Laut einer Umfrage des Instituts YouGov kommen die Sozialdemokra-

ten um Herausforderer Ed Miliband aktuell auf 34 Prozent. Die Konservativen von Premierminister David Cameron liegen demnach bei 33 Prozent. Das seit einem Jahr andauernde Kopf-an-Kopf-Rennen setzt sich damit fort. Eine absolute Mehrheit würde zur Zeit keine der Parteien unter den 650 Parla-



Herausforderer Ed Miliband.

mentariern gewinnen können. Die EU-Gegner von der Unabhängigkeitspartei Ukip liegen der Umfrage zufolge bei 14 Prozent und die Liberaldemokraten bei acht Prozent.

Die Parteien läuteten am Freitag und Sonnabend den Endspurt für die Wahl am





Premier David Cameron. FOTOS: DPA

mit der schottischen Nationalpartei nach der Wahl aus: "Lieber habe ich keine von Labour geführte Regierung als einen Deal oder eine Koalition mit der SNP". sagte er. "Wir werden einen solchen Deal nicht haben. "Auch Cameron hat derzeit keine Erfolg versprechenden Bündnisoptio-

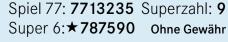
nen. Auf Fragen nach möglichen Koalitionspartnern reagierte er ausweichend. Er sagte, er werde in den verbleibenden Tagen für eine absolute Mehrheit kämpfen. Kommentatoren halten das allerdings für aus-Berichte auf den Seiten 4 und 5

Gewinnzahlen











Inhalt

Familie Fernsehen

Genuss Lesermeinung Rätsel & Roman

Trend Wohin am Sonntag?

Werder Bremen - Frankfurt FC Schalke 04 - VfB Stuttgart 3:2 VfL Wolfsburg – Hannover 96 2:2

Bundesliga

FC Augsburg - 1. FC Köln Hoffenheim – Bor. Dortmund 1:1 34 SC Freiburg – SC Paderborn

1:2 Leverkusen – Bayern München 2:0

Wetter

Seiten 23 bis 25

1:0

0:0

Tagsüber



90% Ausführliches Wetter Seite 6

Niederschlag

Prognose

Morgen besteht bei einem Wechselspiel von Sonne und Wolken nur eine geringe Schauerwahrscheinlichkeit. Am Dienstag ziehen neue Schauer und Gewitter vorüber. Dabei wird es vorübergehend deutlich wärmer.